

Aus die tageszeitung vom 06.03.2000:

Heimliche Konterrevolution

Offiziell wird der freie Weltmarkt vorangetrieben. Inoffiziell fürchten Bankiers und Politiker das Finanzdesaster. Anders als die Ideologie vorsieht, entstehen neue Regelwerke

von **HERMANNUS PFEIFFER**

Die Architekten der weltweiten Finanzmärkte sind Menschen wie Du und ich. Sie predigen gerne Wasser und saufen lieber Wein - wahlweise Bier oder grünen Tee. Ihre Lieblingswörter heißen: Liberalisierung und Deregulierung, freie Währungsspekulation und WTO-Regeln für Finanzgeschäfte. Hymnen auf die neoliberale Ära werden überall gesungen, wo sich die Wirtschaftslenker dieser Welt treffen. Doch gleichzeitig fürchten die selben Bankiers um die Sicherheit ihrer Finanzmärkte. Aufgeregte Crash-Propheten sind unter Börsenprofis so häufig wie unter Linken. Still und leise treiben die Bankiers und Experten daher eine wirtschaftspolitische Konterrevolution voran. Die Welt kehrt zurück in eine Ära der Regulierung.

Am Anfang dieses Kontrollreflexes steht das Erlebnis der Krise. Krisen haben die Weltwirtschaft immer begleitet, bis heute, und sie sind im kollektiven Gedächtnis traumatisch verankert. Zur Chronologie: Da war nach dem Ersten Weltkrieg die Devisenschwäche der jungen Weimarer Republik, Hyper-Inflation und später eine Deflationsflut, deren Wellen Hitler an die Macht warfen. Legendärer als die deutsche Deflation wurde der "Schwarze Freitag" im Oktober 1929, als die Aktienkurse in den Wall-Street-Keller stürzten: Es folgte die Weltwirtschaftskrise. An deren Ende stolperte die Menschheit rettungslos in den Zweiten Weltkrieg hinein.

Auch die festen (!) Wechselkurse à la Bretton Woods nahmen in der späten Wirtschaftswunderzeit - faktisch 1973 - kein gutes Ende. Die Auswirkungen dieses Schwenks zur Spekulation spüren wir noch heute - als zyklisch wiederkehrende Finanzkrisen. In die Hitliste der großen Währungsturbulenzen notwendig das vielerorts als dramatisch empfundene Taumeln des Europäischen Währungssystems (EWS) Anfang der Neunziger. Das Finale des wirtschaftlichen Nachkriegs-Booms überschattete zudem die sogenannte Schuldenkrise: Mit einer Billion Dollar stand die "Dritte Welt" in den achtziger Jahre in der Schuld des Westens. Die Unbezahlbarkeit dieser gigantischen Summe gefährdete zugleich viele US-Banken. 1994 bedrohte dann die Mexiko-Krise die internationalen Finanzmärkte, und spätestens dieser Peso-Krach bewies die monetäre Instabilität des globalistischen Kapitalismus. Als schließlich in der zweiten Hälfte des Jahres 1997 die thailändische Währung Baht zusammenbrach (!!), wurde die Labilität großer Teile der Weltwirtschaft offensichtlich.

Bezeichnenderweise trafen die echten Krisen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Peripherie des modernen Kapitalismus. Die Kapitalen USA und Bundesrepublik blieben verschont. Aber am Rande der "Weltwirtschaft" stürzten erst die Währungen und Banken, dann viele Firmen und ganze Volkswirtschaften, und zuletzt taumelten die Menschen selber.

Doch auch wenn der große Crash nur außerhalb von Deutschland und der USA grassiert: Die Unbilden für Deutsche und Citi-Bank, IWF und Europäische Zentralbank sind in der Tat heftig genug, um gegenzusteuern - vorausgesetzt, der Preis ist nicht zu hoch.

Doch offiziell geben die Wirtschaftslenker nicht zu, wie sehr die Krisen sie irritieren. In ihren Sonntagsreden halten sie an den Antworten der klassischen Wirtschaftswissenschaft fest. Also an dem festen Glauben an ein Gleichgewichtsmodell. Was darauf hinausläuft, dass auch bei Krisen und Katastrophen mittelfristig angeblich alles von selber wieder ins Lot gerät. Eingriffe von außen - etwa durch einen "virtuellen globalen Staat" - seien da nur kontraproduktiv und hinderten die Märkte daran, wieder ins solide Gleichgewicht zurück zu pendeln. Ein wenig lebensferne Annahmen. An ihnen hält international tatsächlich nur noch die sogenannte Bundesbank-Fraktion fest. Die großen Zentralbanken tun weiterhin jedweden politischen Einfluss als größte anzunehmende ökonomische Sünde ab. Diese radikalliberale Fraktion verliert jedoch zunehmend und immer rascher an politischem Boden.

Hinter der ideologischen Vorderfront des Neoliberalismus haben Politik, Wirtschaft und Gesellschaft inzwischen eine zweite Frontlinie aufgebaut: Aufsicht, Kontrolle und Regelwerk sind die eigentlichen (heimlichen) Wunschbilder! Schon 1995 in Halifax hatten sich unter dem Schock der Mexiko-Krise die Regierungschefs auf ein Frühwarnsystem verständigt. Zukünftig wolle man die Finanzmärkte stärker kontrollieren. Das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen veröffentlichte dann im Oktober 1996 Mindestanforderungen für die Handelsgeschäfte der Banken. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) legte inzwischen ein Konzept für die "Grenzüberschreitende Bankenaufsicht" vor. Dieses Programm sieht für 140 Staaten sogar einen Einbruch in das Allerheiligste der Geldwelt vor - dem Bankgeheimnis! Es zeichnet sich ab, dass der Basler BIZ-Ausschuss mittels zartem Zwang seine 25 Kernprinzipien fast global durchsetzen wird. Damit wären immerhin die Aufgaben und Pflichten der Aufsichtsbehörden international definiert und standardisiert. Selbst der Internationale Währungsfonds (IWF) erhielt von den Finanzministern erweiterte Befugnisse zur Kontrolle des weltweiten Kapital- und Zahlungsverkehrs. Dazu wurde die Weltbank mit immer größeren Krisenfonds ausgestattet. Fraktionen in Weltbank und IWF halten ein "solides Finanzsystem" nur durch eine "bessere (staatliche) Regulierung" für erreichbar! Obendrein kann der jüngste Schuldenerlass für die ärmsten Länder vorrangig als, wenngleich positiver, egoistischer Akt der Industriestaaten bewertet werden, die "ihrem" Finanzsystem einen weiteren Stabilisator einziehen wollen. Da überrascht es kaum noch, dass auch das private Internationale Bankeninstitut, dem 250 internationale Geschäftsbanken angehören, gleich eine globale (sic!) Finanzaufsicht fordert.

Übrigens hat die Europäische Union schon heute zu einer höheren "anti-liberalen" Regulierungsdichte geführt, auch in Deutschland. Über 50 Gesetzesinitiativen und Richtlinien werden in nationales Finanzrecht umgesetzt. Der Euro selber ist eine radikale Abkehr vom neoliberalen Dogma: Schließlich baut er - wie ehemals das heute verpönte Bretton Woods - auf festen Wechselkursen zwischen den Staaten auf.

Am Ende der weltweiten "liberalen" Diskussion um die Stabilität der Finanzmärkte könnte dann eine heimliche wirtschaftspolitische Konterrevolution stehen. Übrigens eine, die weiterhin für die meisten Menschen und Länder nur das Wasser zum Saufen ließe, bestenfalls. Jedenfalls, wenn es das sozialdemokratisch-grün-linke Lager nicht schafft, inhaltlich fundiert die Themen Finanzarchitektur, Staat und Regulierung fortzuschreiben und faire Gegenkonzepte durchzusetzen. Einen Startschuss feuerte jetzt sogar der DGB ab (25.02.00): Er fordert zusammen mit japanischen Gewerkschaften eine "neue Architektur für die internationalen Finanzmärkte" - ein politischer Anfang. Mit einer Steuer auf

Währungsgeschäfte, der Tobin-Tax wird es nicht getan sein. Dabei gelten gerade Währungsfragen unter regelwütigen Bankiers als tabu. Leider sind auch feste Wechselkurse keine Allerweltslösung. Meine Forderungen zielen auf eine länderspezifische „strukturelle Homogenität“ von Bankwesen, Zentralbank, Währungs- und Wirtschaftsrecht. Liberalisierung hier und Regulierung dort, beißen sich nun einmal. Europa und die Welt brauchen zudem einen „Dualismus der Institutionen“, denn während die Ökonomie längst ihren Internationalismus vorlebt, hängen Parlamente und Regierungen noch in ihren Nationalstaaten fest.